

Erschienen in:

Manfred Agethen, Günter Buchstab (Hrsg.):
Oppositions- und Freiheitsbewegungen im
früheren Ostblock. Freiburg i. Br.: Herder,
2003, S. 89-129.

Die ungarische Revolution von 1956

Ralf Thomas Göllner

Die Ereignisse im Herbst 1956 in Ungarn markieren sowohl in der ungarischen Innenpolitik als auch in der europäischen Nachkriegsgeschichte einen entscheidenden Wendepunkt, dem bedeutsame binnenungarische sowie internationale Entwicklungen vorangegangen waren. Jede Revolution steht in ihrem eigenen nationalen und internationalen Entwicklungskontext, der den Verlauf und die Zielsetzungen immer maßgeblich mitbestimmt hat. Die Revolution, ihre Entstehungsgeschichte sowie ihr Verlauf sind eingebettet in ein mehrdimensionales und vielschichtiges Bedingungssystem, dessen Analyse von vorrangiger Bedeutung ist. Nur so können die Ereignisse verstanden und nachvollzogen und die ungarische Revolution in die Reihe der verschiedenen Erhebungen gegen die kommunistischen Zwangssysteme im östlichen Europa eingeordnet werden.

Internationale Konstellation

Entscheidend für die Vorgeschichte der ungarischen Revolution sowie für die internationale Konstellation war der Tod Stalins am 5. März 1953 und der damit verbundene allmähliche Kurswechsel in der Sowjetunion. Die ungeklärte Nachfolgefrage machte schnell erste Risse im sowjetischen Reich sichtbar. Die Machtkämpfe, die hinter den Kulissen stattfanden, führten zu einer strikteren Trennung zwischen Partei- und Staatsamt und zu einer vorsichtigen Ab-

kehr von der stalinistischen Terrorherrschaft, ohne jedoch von den ideologischen Vorgaben oder dem System der Machtverteilung abzurücken. Sichtbares Zeichen dafür war die militärische Intervention in Ostberlin, die den anhaltenden Druck Moskaus verdeutlichte. Das aus den Nachfolgekämpfen hervorgegangene Gespann Malenkow-Chruschtschow setzte in der Außenpolitik immer offensichtlicher auf das Prinzip der friedlichen Koexistenz und war nunmehr bereit, konstruktiver an der Lösung internationaler Probleme mitzuarbeiten. So zeigten sie sich unter anderem in der Deutschlandfrage und bei den Verhandlungen zum österreichischen Staatsvertrag gesprächsbereit. Aufgrund der binnenwirtschaftlich negativen Entwicklung in der Sowjetunion erklärte Malenkow am 8. Februar 1955 seinen Rücktritt. Chruschtschow, der das Vertrauen der Armeeführung und des Wirtschaftsapparates genoss, konnte sich politisch als dominierende Persönlichkeit durchsetzen. Er setzte auf eine äußerst aktive Außenpolitik, um die inneren Fehlentwicklungen auf diese Weise zu kompensieren. Herausragende und für die ungarische Revolution wichtige Ereignisse waren in diesem Zusammenhang die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags am 15. Mai 1955 und die Belgrader Deklaration vom 2. Juni desselben Jahres, in der Tito der eigene Weg zum Sozialismus zuerkannt wurde.

In der Dritten Welt, insbesondere im Nahen Osten, nahmen die Entkolonialisierungsbestrebungen zu und gipfelten in der Konferenz von Bandung im April 1955. Hier setzte sich die Idee der Blockfreiheit in Abgrenzung zu den beiden Blöcken in Ost und West durch, und die westlichen Staaten standen im Mittelpunkt der Kritik. Vor allem der neue ägyptische Präsident Nasser, von einem panarabisch ausgerichteten Nationalismus inspiriert, wandte sich gegen die beiden europäischen Mächte Frankreich und Großbritannien, die die Reste ihrer kolonialen Besitzstände zu

bewahren suchten. Nassers Interessen und die Ausbreitung des arabischen Nationalismus brachten Ägypten in einen Konflikt mit Frankreich, das dann mit Großbritannien und Israel kooperierte. Dieser Gegensatz entwickelte sich zur Suezkrise, nachdem Nasser am 26. Juli 1956 die Verstaatlichung des strategisch und wirtschaftlich wichtigen Suezkanals angekündigt hatte. Auf amerikanischen Druck hin verzichteten die beiden Kolonialmächte zwar zunächst auf eine Intervention, schlossen aber am 24. Oktober 1956 mit Israel ein geheimes Abkommen, das vorsah, dass Israel „bei passender Gelegenheit in Ägypten einfallen“¹ sollte. Großbritannien und Frankreich sollten dann als Ordnungsmacht auftreten und die Kanalzone besetzen. Dieser Plan wurde am 29. Oktober 1956 umgesetzt und israelische Truppen auf den Sinai entsandt. Zwei Tage später, am 31. Oktober, begannen die britische und die französische Luftwaffe ägyptische Stellungen zu bombardieren und bereiteten damit den Einmarsch ihrer Truppen am 5. November vor. Diese militärische Auseinandersetzung zwischen Ägypten einerseits, das zu jener Zeit aus antikolonialen Erwägungen und politisch-ideologischen Motiven mit der Sowjetunion kooperierte, und den beiden europäischen Staaten sowie Israel andererseits, bewirkte eine geopolitische Veränderung im Nahen Osten mit weitreichenden Folgen. Sie veränderte die außenpolitische Haltung der Sowjetunion und beeinflusste maßgeblich auch die Entwicklung in Ungarn.²

Das Jahr 1955 markierte auch das Ende der internationalen Blockbildung, nachdem der Westen mit der NATO/WEU – unter Einschluss der Bundesrepublik Deutschland –, mit Bagdad- und ANZUS-Pakt sowie mit der SEATO seine Containmentkette aufgebaut hatte. Die inneren Probleme der Sowjetunion und der neue, nach außen hin offenere Kurs Moskaus erschienen vor allem den USA als Zeichen der Schwäche, die aus einer Überdehnung der finanziellen

Ressourcen für die Rüstung und für die Unterstützung Chinas resultierte, und in deren Folge eine allmähliche Zurückdrängung der sowjetischen Macht möglich zu sein schien.³ Der Osten seinerseits hatte sich ebenfalls auf militärischem Gebiet durch die Gründung des Warschauer Paktes im Mai 1955 zusammengeschlossen. Diese innersowjetischen und internationalen Entwicklungen zur Mitte der fünfziger Jahre ließen für die Folgezeit eine Periode der allmählichen Entspannung und Konsolidierung der Systeme und Einflussphären oder sogar eine friedliche Zurückdrängung der kommunistischen Herrschaft erwarten. Insbesondere die weitere Entwicklung in der Sowjetunion deutete auf eine Lockerung hin, deren aufsehenerregendster Höhepunkt der im Februar 1956 abgehaltene XX. Parteitag der KPdSU war. Auf diesem Parteitag, dem ersten seit Stalins Tod, hielt Chruschtschow eine unerwartete und bedeutende Rede in einer Geheimsitzung. Er rechnete mit Stalin und seinen Führungsmethoden scharf ab, prangerte die von ihm begangenen Verbrechen und den Personenkult an und versuchte so einen Selbstreinigungsprozess innerhalb der Machtelite einzuleiten. Dies mündete im Versuch der Entstalinisierung, der auch die Satellitenstaaten einschließen sollte.

Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse erhielten die sich seit November 1954 abzeichnenden Veränderungsprozesse in Polen neuen Auftrieb und führten am 28. Juni 1956 zu einem Streik in den Posener (Poznań) Stalin-Werken, der sich in heftigen Tumulten, Demonstrationen und Straßenkämpfen entlud.⁴ Die polnische Reform-, Entstalinisierungs- und Entsovietisierungsbewegung⁵ wurde dadurch gestärkt und erreichte ihren Höhepunkt im 8. Plenum des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, das vom 19. bis 21. Oktober stattfand. Hier beanspruchte der äußerst populäre, 1949 aus der Parteiführung verdrängte Gomułka den Posten des Ersten Sekretärs, was

jedoch auf den Widerstand der sowjetischen Führung stieß. Chruschtschow, der speziell dafür angereist war, drohte mit militärischer Intervention, und es wurden in Polen stationierte sowjetische Truppen gegen Warschau in Marsch gesetzt. Nach langen Verhandlungen mit Gomułka stimmte die sowjetische Delegation widerwillig dem Personenwechsel zu und ebnete damit den Weg zur Entfernung der stalinistischen Politiker aus der polnischen Führung sowie zur Einführung einiger Veränderungen im Inneren des Landes. Diese polnischen Ereignisse blieben nicht ohne Widerhall. Vor allem in Ungarn stieß die Rede Gomułkas, mit der er partielle Reformen und einen polnischen Weg zum Sozialismus ankündigte, bei der innerparteilichen Opposition auf offene Ohren. Aber auch die ungarische Bevölkerung, die erneut unter der stalinistischen Herrschaft Rákosis zu leiden hatte, erkannte: „Zeigt man nur die nötige Entschlossenheit, weicht selbst die sowjetische Führung zurück.“⁶

Innenpolitische Ursachen und Vorbedingungen

Die innere Entwicklung in Ungarn verlief nach 1945 nach dem gleichen Grundmuster, wie in den meisten anderen Ostblockstaaten. Gestützt auf die sowjetische Militärpräsenz, wurden die bürgerlichen und oppositionellen Parteien ausgeschaltet und 1948 die Partei der Ungarischen Werktätigen als Zwangszusammenschluss der Sozialdemokraten mit den Kommunisten unter der Führung von Mátyás Rákosi gegründet. Die darauf folgenden Repressionen und Schauprozesse, in deren Folge tatsächliche und vermeintliche Gegner des Systems eingesperrt oder hingerichtet wurden, unterschieden sich kaum von denen in den sozialistischen Nachbarstaaten. Jedoch waren die historisch-psychologischen Voraussetzungen in Ungarn an-

ders, da Ungarn als der vermeintlich „letzte Verbündete“ des Deutschen Reiches unter den Staaten Ostmitteleuropas galt und somit zusätzliche Nachteile in Kauf nehmen musste. Auch war die historische Erinnerung an den russischen Anteil an der Niederschlagung der zunächst siegreichen Revolution von 1848/1849 noch wach.

Gleichzeitig jedoch war Ungarn zwischen 1945 und 1956 das einzige Land des Ostblocks, in dem politische Reformen möglich zu sein schienen, weil die vorangegangenen Auswüchse der totalitären Herrschaft, die willfährige Umsetzung der Moskauer Direktiven und auch die rücksichtslose antititoistische Kampagne große Teile der Bevölkerung zu Systemgegnern gemacht hatten.⁷ Auch die außerordentlich repressive Innenpolitik Rákosis sowie die kontinuierliche Verschlechterung der Lebensverhältnisse brachten die Bevölkerung auf Rákosis Politik, die sich auf den Staatssicherheitsdienst ÁVH (*Államvédelmi Hatóság*) stützte, fielen in den Jahren 1949 bis 1956 zahlreiche Menschen zum Opfer. „[A]llein zwischen 1952 und 1955 wurden 1.136.434 Menschen vor Gericht gestellt und davon etwa die Hälfte zu kürzeren oder längeren Freiheitsstrafen verurteilt.“⁸ Dabei erwies er sich in seinen Zielen und Methoden als einer der treuesten Schüler Stalins, der noch kurz vor seinem Tod eine verstärkte ideologische Anpassung, mehr Konformität, weitere Säuberungen und eine gesteigerte wirtschaftliche Kooperation gefordert hatte. Aufgrund der innerparteilichen Rivalitäten in der KPdSU und der etwas flexibleren Auffassungen Malenkows und Chruschtschows sollte die Dominanz der Sowjetunion nicht mehr durch Terror aufrecht erhalten werden, um keinen offenen Widerstand zu provozieren. Ähnlich wie in der Sowjetunion hatten sich die Regierungen der Satellitenstaaten zu weit von der Bevölkerung entfernt, wobei diese Entfremdung in Ungarn besonders groß war. Diese Kluft sollte nun durch Nationalkommunisten überbrückt wer-

den, von denen sich die Moskauer Führung mehr Ansehen in der Bevölkerung erhoffte. Insbesondere in Ungarn war die Unzufriedenheit stark angestiegen und ließ sich trotz aller Propaganda nicht mehr eindämmen. „[D]ie Moskauer Führung [fand] die Lage in Ungarn so beunruhigend, dass sie sich veranlasst sah, dort – und eben nur dort, anders als in den übrigen Satellitenstaaten – einen einschneidenden Kurswechsel herbeizuführen.“⁹ Rákosi, Ernő Gerő, der einflusslose stellvertretende Ministerpräsident Imre Nagy und einige andere führende Parteikader wurden am 13. Juni 1953 – also nur wenige Tage vor dem Aufstand in der DDR – nach Moskau bestellt. Rákosi wurde wegen seiner restriktiven und ineffizienten Politik, vor allem von Malenkow und Berija¹⁰, auf das heftigste kritisiert und musste auf Moskaus Druck hin die Regierungsgeschäfte an den unbelasteten Imre Nagy abtreten.¹¹ Dieser hatte bereits früher den von Rákosi eingeschlagenen Weg kritisiert und war im politischen Leben an den Rand gedrängt worden. Dadurch erhielt Ungarn eine konträr eingestellte Doppelspitze mit dem aus damaliger Sicht reformorientierten Imre Nagy als Ministerpräsidenten und damit ersten Mann im Staat, sowie Mátyás Rákosi als Parteichef.

Dieser erste, interessanterweise von der Sowjetunion initiierte Schritt in Richtung Reform in einem Satellitenstaat wurde in Ungarn, insbesondere in der innerparteilichen Opposition, positiv aufgenommen. Auch die sowjetische Führung sah sich angesichts des Ostberliner Aufstandes einige Tage später in ihren Befürchtungen über die Brisanz der Lage bestätigt. Die „parlamentarische Bestätigung“ Nagys als Ministerpräsident erfolgte am 4. Juli 1953, und er verkündete in seiner Regierungserklärung seine neuen Ziele und Methoden, die wie eine wirkliche Reform empfunden wurden. Die Internierungslager wurden abgeschafft, Deportationen ausgesetzt, die Normen der Arbeiter gesenkt, die Zwangskollektivierung der Land-

wirtschaft gestoppt und außergerichtliche Polizeurteile abgeschafft. Diese Veränderungen trug Nagy auch in einem neuen sprachlichen Duktus – einem weitgehend phrasenfreien Ungarisch – vor, was ihn von den Stalinisten abhob und ein positives Echo in der Bevölkerung hervorrief. Dadurch empfanden ihn weite Teile der Bevölkerung als wirklichen Reformen, eine volksnahe und glaubwürdige Alternative zu Rákosi. Dabei ging es bei diesem „ersten kommunistischen Reformversuch [...] – wie auch fünfzehn Jahre später beim Prager Frühling – [...] darum, ob und wie es gelingen könnte, ohne die stalinistische Praxis, mit humanen Mitteln und bei Wahrung der nationalen Eigenheiten sozialistische Verhältnisse zu schaffen.“¹² Somit war er „eine Art Vorgänger von Alexander Dubček in Prag 1968.“¹³

Rákosi jedoch, der weiterhin an der Spitze der Partei der Ungarischen Werktätigen stand und damit eine einflussreiche Position innehatte, versuchte die Reformen gemeinsam mit Teilen des Parteiapparates und der Staatssicherheit zu hintertreiben. Die Folgen waren eine innenpolitische Polarisierung und ein anderthalb Jahre währender Zick-Zack-Kurs zwischen Reform und Restauration. Während die Reformen Nagys in der Bevölkerung und vor allem bei den Intellektuellen breite Zustimmung fanden, fürchteten die Anhänger Rákosis, wie er selbst auch, um ihren Einfluss und ihr politisches Überleben. Dabei stützte Rákosi sich nicht nur auf die eigenen Anhänger, vielmehr setzte er vor allem auf die restaurativen Bestrebungen innerhalb der sowjetischen Parteiführung. Beunruhigt durch die Veränderung der internationalen Konstellation infolge der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO sowie durch die ihrer Meinung nach doch zu weit gehenden Reformen Imre Nagys, beschuldigte sie ihn im Januar 1955 der Rechtsabweichung und unterstützte erneut Rákosi. Mit Moskaus Hilfe und Rückendeckung brachte dieser schnell den Parteiapparat erneut

hinter sich und verdrängte Nagy nicht nur aus dem Amt des Ministerpräsidenten. Da Nagy sich weigerte, die geforderte öffentliche Selbstkritik zu üben und sich von seinen Reformzielen und Überzeugungen zu distanzieren, stieg sein Ansehen in der Bevölkerung noch weiter an, was ihn zu einer noch größeren Gefahr für Rákosi werden ließ. Deshalb wurde er aus dem politischen Leben vollständig beseitigt, verlor seine Professur, seine Mitgliedschaft in der Akademie der Wissenschaften und Ende 1955 auch seine Parteimitgliedschaft.

Obwohl Rákosi alles daran setzte, die rigiden stalinistischen Verhältnisse der Zeit vor 1953 wiederherzustellen, gelang ihm dies nicht vollständig. Zwar kehrte der diktatorische Herrschaftsstil wieder zurück, zahlreiche ehemalige Reformen übten die geforderte Selbstkritik und stellten sich hinter Rákosi. Doch der Kreis derer, die sich mit Nagy und seinen politischen Zielen identifizierten, wuchs ständig. Der Restaurationskurs steigerte auch die Unzufriedenheit und mobilisierte insbesondere Schriftsteller, Journalisten, Künstler und Lehrer. Vor allem nach dem Bekanntwerden von Chruschtschows Geheimrede wuchs der unorganisierte Widerstand innerhalb und außerhalb der Partei, und es setzte „vor allem im Petöfi-Kreis, einem Forum literarischer und sehr bald auch politischer Diskussion, sowie in der von vielen gelesenen Literaturzeitung eine zunehmend kritische Auseinandersetzung über die Lage des Landes ein.“¹⁴ Dieser Widerstand spielte im öffentlichen Leben eine bedeutende Rolle und wurde, unbeabsichtigt unterstützt durch die politischen Veränderungen in der Sowjetunion, zu einem Wegbereiter des Aufstands im Oktober. Ermutigt durch die sowjetisch-jugoslawische Annäherung, die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags und die einsetzende Entstalinisierung in der Sowjetunion, wurde der Ruf nach Imre Nagy und nach Reformen immer lauter. Auch die Unruhen in Posen hatten

eine katalytische Wirkung auf die ungarische Entwicklung: Während die Reformer sich in ihrem Streben bestätigt sahen, reagierte die ungarische Führung nach den alten Verhaltensmustern und strebte die gewaltsame Beseitigung der als Verschwörung begriffenen Oppositionsbewegung an. Durch diese gegenläufigen Tendenzen wurde das ungarische System so stark polarisiert, dass selbst die Moskauer Führung über die Verschärfung der Lage alarmiert war. So schlug der sowjetische Botschafter Juri Andropow vor, mit der ungarischen Führung darüber zu reden und offen die eigenen Befürchtungen zu äußern.¹⁵ Auch der jugoslawische Präsident Tito, dem sich die Moskauer Führung mit der Belgrader Deklaration angenähert hatte, sprach sich für eine Ablösung Rákosis aus. Am 13. Juli „war Anastas Mikojan, Mitglied des Politbüros der KPdSU unerwartet in Budapest erschienen, und Rákosi wurde umgehend seine Absetzung mitgeteilt. [...] Der abservierte Tyrann wurde, um weitere Komplikationen zu vermeiden, sogleich in ein Flugzeug gesetzt und nach Moskau gebracht.“¹⁶

Nachfolger an der Parteispitze wurde sein Stellvertreter Ernő Gerő, der das Vertrauen Moskaus genoß, und András Hegedüs wurde Ministerpräsident. Das Regime wurde jedoch kaum verändert, und die ungarische Führung zeigte nicht den Veränderungswillen, wie ihn die polnische aufgebracht hatte. Infolge einer falschen Lagebeurteilung und Personalpolitik wurde János Kádár – als Vertreter der Parteiopposition – zweiter Mann hinter Gerő, und Nagy blieb weiterhin ausgeschlossen. Die führenden Köpfe in Partei und Regierung waren der Ansicht, „durch die Spaltung der Opposition ließen sich die grundlegenden Probleme lösen. [Sie] wollten nicht wahrhaben, dass sich der nationale Widerstand zusehends artikulierte. [Sie] begriffen nicht, dass nicht Kádárs Parteiopposition der eigentliche Repräsentant dieses Widerstands war, sondern Imre Nagys demokratische Opposition. Kádár wollte auch weiterhin einen stali-

nistischen Kurs verfolgen, allerdings ohne Terrormaßnahmen und Scheinprozesse.“¹⁷

Da auch die neue ungarische Führung offensichtlich nicht willens war, echte Reformen im Sinne Nagys und der Opposition durchzuführen, wuchs der Widerstand in der Bevölkerung weiter an. Besonders taten sich dabei die Studenten hervor, die am 16. Oktober 1956 in der südungarischen Stadt Szeged ihre radikalen politischen Zielsetzungen formulierten, einen unabhängigen Studentenverband gründeten und in allen Universitätsstädten Diskussionsforen nach dem Beispiel des Petöfi-Kreises einrichteten. Obwohl diese Protestbewegung eigentlich der intellektuellen parteiinternen Opposition entsprang, machte sie sich schnell demokratische Forderungen zu Eigen und bewies damit ihren radikalen Veränderungswillen. Sie forderte nach dem Beispiel der Revolutionäre von 1848/1849 bürgerliche Freiheitsrechte, Parlamentarismus sowie nationale Unabhängigkeit und versuchte diese Forderungen auch mit Hilfe zahlreicher Studentenversammlungen durchzusetzen. Am 22. Oktober fand in Budapest eine vom kommunistischen Verband geplante Gegenveranstaltung zu diesen Treffen statt, die sich jedoch schnell selbstständigte. Am 23. Oktober veröffentlichte die ungarische Parteizeitung *Szabad Nép* (Freies Volk) die Rede Gomulkas, welche die polnischen Reformerfolge bezeugte. Derart ermutigt und von den Szegeder Forderungen inspiriert, entwickelten die Studenten einen politischen Forderungskatalog, der unter anderem den Wunsch nach Einführung eines Mehrparteiensystems, freien Wahlen und Unabhängigkeit enthielt.¹⁸

Ausbruch der ungarischen Revolution

Die Studenten versuchten ihren Forderungskatalog über den Rundfunk zu verbreiten, was ihnen jedoch nicht gestattet wurde. Daraufhin beschlossen sie, am 23. Oktober eine zunächst verbotene Solidaritätsdemonstration¹⁹ für die polnischen Reformer abzuhalten und zugleich die eigenen Forderungen zu verbreiten. Ziel der aus mehreren Demonstrationszügen bestehenden Kundgebung war das Denkmal des polnischen Generals Józef Bem, der im Freiheitskampf von 1848/1849 als hoher Kommandeur in der ungarischen Nationalarmee gekämpft hatte und daher „als Symbolfigur der jahrhundertealten polnisch-ungarischen Freundschaft, aber auch der Auflehnung gegen jede Fremdherrschaft galt.“²⁰ Die etwa 200.000 Teilnehmer aus allen Bevölkerungsschichten forderten die Ernennung Nagys zum Ministerpräsidenten und den Abzug der sowjetischen Truppen. Manche schnitten das kommunistische Wappen aus den mitgeführten ungarischen Fahnen – das bedeutete nicht zuletzt die Infragestellung des kommunistischen Regimes, des gesamten sowjetischen Einflussesbereichs und der Teilung der Welt in zwei Blöcke.

Gerő, Hegedüs und Kádár wurden von dieser Entwicklung überrascht, da sie erst am Vormittag aus Jugoslawien zurückgekehrt waren. Gerő ersuchte telefonisch um sowjetische Hilfe und wollte mit polizeilichen Maßnahmen die Demonstration niederschlagen. Doch Sándor Kopácsi, Budapests Polizeipräsident und Anhänger Nagys, erklärte, dass er und die Polizei nicht bereit seien, mit Gewalt gegen die Demonstranten vorzugehen. Zudem hatten die Ereignisse bereits eine Eigendynamik erreicht, die über bloße Unmutsäußerungen weit hinausging. Nagy, der von diesen Ereignissen ebenfalls überrascht war, versuchte die Menschenmenge mit einer kurzen Ansprache zu beruhigen, verblieb aber dabei in der systemeigenen Terminologie, da

er zehn Tage zuvor erneut in die Partei aufgenommen worden war und sich der Partei noch verpflichtet fühlte. Seine Anrede „Genossen“ rief einen Proteststurm hervor und sein Versprechen, im Politbüro für ihre Forderungen ein Wort einzulegen, enttäuschte die Demonstranten.²¹ Diese verließen zwar den Platz vor dem Parlament, wo sie Nagy zugehört hatten, zogen zum Teil aber in den Stadtpark und stürzten daraufhin mit dem Stalin-Denkmal ein Symbol des Systems. Kurz zuvor war ein anderer Teil der Demonstranten zum Rundfunkgebäude marschiert, um die eigenen Forderungen im Radio verlesen zu lassen. Hier wurden sie von Angehörigen der Staatssicherheit erwartet, die auf die Menge schoss, die dabei war in das Rundfunkgebäude einzudringen. Obwohl es erste Tote gab, blieben die Demonstranten vor dem Gebäude. Polizisten und Soldaten, die zur Verstärkung der Wachmannschaft abkommandiert worden waren, widersetzten sich den Befehlen und übergaben den Aufständischen ihre Waffen, mit deren Hilfe diese das Rundfunkgebäude stürmten. Damit begann der bewaffnete Aufstand, der sich rasch ausbreitete und in dessen Folge eine Reihe militärischer und industrieller Objekte von den Aufständischen besetzt wurde.

Die telefonischen Hilfersuchen von Gerő an die sowjetische Führung, denen sich auch Nagy nicht widersetzte, hatte diese im Verlauf der Ereignisse aber von einem offiziellen und formellen schriftlichen Hilferuf der ungarischen Regierung abhängig gemacht. Das formelle Hilfersuchen, unterschrieben von András Hegedüs, wurde auf den 24. Oktober datiert – eventuell zurückdatiert – und traf erst vier Tage später in Moskau ein.²² Doch angesichts der sich zuspitzenden Ereignisse in Budapest stimmte das sowjetische ZK-Präsidium in seiner Sitzung um 23.00 Uhr mehrheitlich für einen Einsatz der in Ungarn stationierten Truppen, zumal der sowjetische Botschafter Andropow „von einer außerordentlich gefährlichen Situation und der

Notwendigkeit für ein sowjetisches militärisches Eingreifen²³ sprach. Lediglich Mikojan plädierte für eine Lösung nach polnischem Muster, wollte Nagy einsetzen und ihn die Probleme lösen lassen.²⁴ Es setzten sich jedoch die Befürworter der militärischen Option durch, und das in Székesfehérvár stationierte Sonderarmee Korps wurde Richtung Budapest in Bewegung gesetzt. Ziel dieses „Kompass“ genannten Unternehmens war eine Demonstration der Stärke, verbunden mit der Hoffnung, dass die Anwesenheit sowjetischer Truppen und Panzer den Aufstand ersticken würde. Als Vorbild diente die erfolgreiche Taktik des Drohens, die 1953 in Ostberlin angewandt worden war. Zugleich wurden Mikojan und Suslow, ein Vertreter der Moskauer „Hardliner“, am 24. Oktober nach Budapest geschickt, um die Lage besser beurteilen zu können.

Am Morgen des 24. Oktober trafen die sowjetischen Einheiten in Budapest ein und eroberten das Rundfunkgebäude zurück. Unterstützung erhielten sie nur von der ungarischen Staatssicherheit; die Ungarische Volksarmee beteiligte sich – von einigen lokalen Ausnahmen abgesehen – nicht am Kampf gegen die Aufständischen. Sowohl die sowjetische als auch die ungarische Staatsführung war sich nicht sicher, ob die ungarischen Soldaten überhaupt gegen die eigene Bevölkerung vorgehen würden. Zudem war zu diesem Zeitpunkt die ungarische Führung im Inneren zerrüttet, und Nagys Widerstand gegen das gewaltsame Vorgehen zeichnete sich bereits ab: Am Mittag des 24. – mittlerweile erneut zum Ministerpräsidenten ernannt – distanzierte er sich im Rundfunk von den Standgerichten, die in Budapest einige Opfer forderten. Trotzdem blieb er noch, „zwischen seiner Parteitreu und seinem Patriotismus schwankend, außerdem von Erschöpfung und Herzattacken geschwächt“²⁵, hinter der Entwicklung zurück. Dies sollte sich erst in den nächsten Tagen grundlegend ändern.

Währenddessen kämpften ein paar tausend Aufständische mit Handfeuerwaffen und Molotow-Cocktails gegen die sowjetischen Panzer oder versuchten, sich mit den Soldaten zu verständigen. Manchmal gelang dies, und vereinzelt übergaben sowjetische Soldaten ihre Waffen den Ungarn oder verbrüderten sich mit ihnen. Es bewaffneten sich immer mehr Menschen, „zum größten Teil Teenager, junge Arbeiter und Lehrlinge, darunter auch junge Mädchen“²⁶ mit Waffen, die sie aus den Kasernen der ungarischen Volksarmee und aus Waffenfabriken in den Budapester Vororten erhielten. Ihnen schlossen sich Studenten, Angestellte und auch Soldaten und Offiziere an – unter ihnen etwa Oberst Pál Maléter. Dies unterschied den ungarischen Aufstand von jenem in Ostberlin, wo sich die im Entstehen befindliche Volksarmee den Besatzern und der Partei weitgehend gefügt hatte. Die Motivation der ungarischen Aufständischen entsprang einer Verbitterung über die politische und wirtschaftliche Lage und über die Unterdrückung durch den Staatssicherheitsdienst, den sie als Hauptgegner betrachteten. Zugleich waren sie ermuntert durch die Solidarität und Unterstützung, die ihnen die Bevölkerung entgegengebracht hatte. Das Erscheinen der sowjetischen Truppen in Budapest heizte die Situation zusätzlich an, und eine politische Lösung durch Teilreformen war zu diesem Zeitpunkt praktisch nicht mehr möglich, da die revolutionäre Bewegung auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stieß und viele Menschen mobilisierte. Es konstituierten sich in Budapest und in den Provinzstädten National- und Arbeiterräte sowie Revolutionskomitees; außerdem wurde ein Generalstreik ausgerufen, der das gesamte Land lähmte.

Im Verlauf des 24. Oktober erzielten die Aufständischen beträchtliche Erfolge, obwohl sie militärisch meist nicht ausgebildet waren. Sie setzten mehrere sowjetische Panzer in Brand, töteten zahlreiche Soldaten und überraschten da-

mit die Truppen, die nicht mit einem derart großen Widerstand gerechnet hatten und daher in zu geringer Zahl in Budapest aufmarschiert waren. In dieser Phase hatte der Aufstand nicht nur den Charakter einer Revolution, sondern auch den eines Freiheitskampfes gegen eine Fremdherrschaft. Während die Bevölkerung auf den Straßen Budapests weiterkämpfte oder zumindest unbewaffnet demonstrierte, zerfiel allmählich das kommunistische Regime. Ferenc Donáth und Géza Losonczy, zwei Vertraute Nagys aus der innerparteilichen Opposition, wurden ins ZK gewählt, blieben aber wie auch Nagy noch von den Ereignissen auf der Straße abgeschottet. Dessen Ernennung zum Ministerpräsidenten hatte nicht den gewünschten Erfolg gebracht, da dieser die Unterdrückungsmaßnahmen fortsetzte und die sowjetische Intervention befürwortete. Das Politbüro zog seinerseits mit dem Einverständnis von Mikojan und Suslow weitere personelle Konsequenzen und setzte am 25. Oktober János Kádár anstelle von Gerő als Parteichef ein. Diese Veränderungen in der Partei beeinflussten die Ereignisse auf der Straße nicht, und es bedurfte einiger weiterer Tage, bis die Regierung die Revolution in ihren Zielen und Forderungen anerkannte.

Der erste, der von der bis dahin gültigen Terminologie einer „Konterrevolution“ abwich, war der eben erst ins ZK aufgenommene Donáth. Während einer ZK-Sitzung am 26. Oktober plädierte er für eine Anerkennung der Ereignisse als legale und gerechtfertigte Revolution, wofür er heftigen Widerspruch erntete.²⁷ Der einsetzende Zerfallsprozess im ZK konnte durch den Widerspruch der anderen Mitglieder – aber auch Mikojans sowie Suslows – nicht mehr aufgehalten werden. Unter dem Eindruck der Ereignisse und der zahlreichen Delegationen, die Nagy und die Regierung über die Geschehnisse und Forderungen der Aufständischen informierten, wurde für Nagy offensichtlich, dass es nicht möglich wäre, die Wende herbeizuführen,

ohne die Forderungen der Bevölkerung zu erfüllen.²⁸ Aus dieser Erkenntnis heraus setzte in der politischen Führung ein Umdenken ein. Am 27. Oktober vollzog sie eine radikale Wende in der Interpretation der Ereignisse der letzten Tage und schloss sich der Ansicht Donáths an. Vor allem jedoch stellte sich die Mehrheit der Parteiführung, darunter auch János Kádár, auf die Seite Imre Nagys. Auch die beiden sowjetischen Vertreter akzeptierten diese Wende.²⁹ Dadurch entspannte sich allmählich die Situation. Das Ultimatum an die Aufständischen für die Niederlegung der Waffen wurde immer wieder verlängert, während die mittlerweile entstandenen revolutionären Organisationen als legitime Vertreter der Aufständischen Anerkennung fanden. Es wurde eine neue Regierung gebildet, der neben alten Kommunisten auch zwei Politiker der ehemaligen Partei der Unabhängigen Kleinlandwirte angehörten. Am 28. Oktober verkündete Nagy den Waffenstillstand und versprach grundlegende Reformen. Anschließend wurde der Staatssicherheitsdienst aufgelöst, und die Regierung gab den Abzug der sowjetischen Truppen aus Budapest bekannt.

Die Ungarische Revolution – vom Sieg zur Niederlage

Die sowjetischen Truppen wurden auch tatsächlich bis zum 31. Oktober aus Budapest abgezogen, und es verblieben lediglich einige kleinere Einheiten zum Schutze des Verteidigungsministeriums in der Stadt. Am 30. Oktober veröffentlichte die sowjetische Führung die Erklärung „Über die Grundlagen der Entwicklung und weiteren Festigung von Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten“.³⁰ Sie stellte hierin fest, dass „die Länder der großen Gemeinschaft der sozialistischen Nationen ihre gegenseitigen Beziehungen

nur auf den Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, der Achtung der territorialen Integrität, der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität sowie der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten aufbauen“ könnten. Diese Vorgänge und Bekundungen erweckten den Eindruck, dass die sowjetische Führung gewillt war, den ungarischen Forderungen nachzugeben und eine neue Ära in den Beziehungen zu den Satellitenstaaten einzuläuten. Ungeachtet dieser offiziellen Beteuerungen jedoch hatte sich „der Generalstab des sowjetischen Verteidigungsministeriums auf Befehl des Verteidigungsministers Shukow bereits am 27. Oktober an die Ausarbeitung der abschließenden militärischen Operationen gegen Ungarn gemacht“³¹. Während einerseits die Truppen aus Budapest abzogen, wurden andererseits zahlreiche militärische Einheiten aus der Sowjetunion nach Ungarn geführt, die sich auf die Operation „Wirbelsturm“ vorbereiteten. Diese beiden innersowjetischen Entwicklungslinien verdeutlichten das Schwanken der sowjetischen Führung zwischen einer Intervention und möglichen Konzessionen. In einer Sitzung von Teilen des ZK-Präsidium am 30. Oktober plädierten nicht nur Chruschtschow und Schukow für einen Abzug. Chruschtschow, der mit einer hochrangigen chinesischen Delegation verhandelt hatte – sie hatte sich ebenfalls für einen Abzug der Truppen ausgesprochen –, schlug vor: „Wir sollten heute eine Deklaration über den Rückzug der Truppen aus den volksdemokratischen Staaten verabschieden [...], [und] den Ansichten jener Länder Rechnung tragen, in denen unsere Truppen stationiert sind.“ Schukow schloss sich Chruschtschows Ansicht an: „Wir sollten die Truppen aus Budapest, und wenn nötig, aus ganz Ungarn abziehen. Dies ist uns eine Lehre im militärisch-politischen Bereich“³².

Die trotzdem stattfindenden militärischen Bewegungen der Sowjets blieben der ungarischen Führung zwar nicht

verborgen, aber Nagy, der anfänglich noch mit einer Konsolidierung des Systems durch kleine Reformen gerechnet hatte, gab den Forderungen der Aufständischen nach und leitete den Demokratisierungsprozess ein. Angesichts der unterschiedlichen Signale aus Moskau und irreführenden Aussagen der sowjetischen Führung und Diplomaten, hatte Nagy die Wahl, sich an die Spitze einer Restauration zu stellen und die Revolution aufzugeben oder sich für die Revolution und die Wünsche der Bevölkerung zu entscheiden. Nagy wählte die zweite Möglichkeit und führte fortan die Demokratisierungs- und Freiheitsbewegung an. Die Aufständischen wurden an der Organisation von neuen Ordnungskräften beteiligt, die Arbeiterräte und Revolutionskomitees entwickelten sich zu basisdemokratischen Organen, die allmählich als politische Vertretung und demokratische Selbstverwaltungsorgane zu funktionieren begannen und zu den neu gegründeten Parteien hinzukamen. „[W]ährend der [...] Tage der Revolution deuteten alle Zeichen auf ein friedliches, wenn auch kritisches Nebeneinander von Basisdemokratie und Mehrparteiensystem hin.“³³ Die innere Lage konsolidierte sich. Das politische Spektrum wurde erweitert, indem neben einer Reihe weiterer politischer Gefangener der seit 1949 inhaftierte Kardinal József Mindszenty befreit wurde; damit war das bekannteste Opfer der stalinistischen Schauprozesse rehabilitiert. Mindszenty hatte sich von Anfang an gegen die Diktatur gestellt – er wollte nach seiner Befreiung die Arbeit dort fortsetzen, wo er früher zwangsweise aufhören musste. In diesen Tagen hörte auch die Selbstjustiz gegen Angehörige der Staatssicherheit auf, und es bestand Einigkeit darüber, dass die erreichten Ziele durch Wiederherstellung der inneren Ordnung abgesichert werden mussten. Das Leben sollte sich schnellstmöglich normalisieren, so dass die Sowjetunion kein Argument für eine erneute Intervention finden konnte.

Die Kämpfe in Budapest hörten bis zum 30. Oktober auf, und Nagy, von den ihn hemmenden Parteikadern befreit, verkündete am selben Tag das Ende der Einparteienherrschaft und die Bildung einer Koalitionsregierung, in die auch Vertreter der Regierungsparteien von 1945 berufen wurden. Damit wurde faktisch ein Mehrparteiensystem etabliert und offen ein freies, demokratisches und neutrales Ungarn gefordert, so wie es ein Jahr zuvor Österreich zugestanden worden war. Insgesamt galt Österreich als Beispiel dafür, dass die Sowjetunion unter Umständen bereit sein konnte, auf die eigene militärische Präsenz zu verzichten und eine Neutralität zu akzeptieren. Mit diesem Beispiel vor Augen und aufgrund fehlender Westkontakte, sah Nagy die neue polnische Führung unter Gomulka und auch den jugoslawischen Präsidenten Tito als seine möglichen Verbündeten an. Die Neutralität und Blockfreiheit wurde somit das erklärte Ziel der ungarischen Regierung, zumal auch in der Bevölkerung angesichts des erfolgreichen österreichischen Beispiels die Neutralität eine große Popularität genoss.

Zwischenzeitlich, am 31. Oktober, änderte die Moskauer Führung ihre Haltung in der ungarischen Frage, die sie noch einen Tag vorher bekräftigt hatte. Der Grund dafür ist nicht – oder nur zu einem Teil – in den ungarischen Ereignissen zu sehen, sondern auf der internationalen Ebene zu finden. Die eingangs erwähnte Suezkrise, die mit dem Einmarsch israelischer Truppen zwei Tage zuvor ihren Anfang genommen hat, erhielt durch das Bombardement der britischen und französischen Luftwaffe eine neue Dimension. Chruschtschow änderte seine Meinung bezüglich Ungarn und stellte fest: „Wir sollten unsere Einschätzung überprüfen und unsere Truppen aus Ungarn und Budapest nicht abziehen. Wir sollten die Initiative ergreifen, um die Ordnung in Ungarn wiederherzustellen. Wenn wir uns aus Ungarn zurückziehen, gibt das den Amerikanern, Engländern und Franzosen – den Imperialisten – großen Auftrieb.

Sie werden es als Schwäche unsererseits auslegen und in die Offensive gehen. [...] Zu Ägypten werden sie dann Ungarn hinzufügen. Wir haben keine andere Wahl.“³⁴ Auch im UN-Sicherheitsrat wurden die Weichen gestellt, „als Frankreich und Großbritannien bei der UNO eine Grundsatzzdebatte über die nationale Unabhängigkeit und die Grundfreiheiten und Menschenrechte – die ja auch gegen ihre Aktionen hätte angewandt werden können – im Sicherheitsrat zu verhindern suchten, wodurch sich ein gemeinsames energisches Auftreten der westlichen Demokratien gegenüber Moskau tragisch verzögerte.“³⁵

Am 1. November wurden sowohl in Ungarn als auch in der Sowjetunion Maßnahmen ergriffen, um die jeweils eigenen Ziele zu erreichen. Chruschtschow unterrichtete Gomulka, Ulbricht und den tschechischen Parteichef Novotný über die bevorstehende Invasion. Anschließend informierte Molotow die bulgarische und die rumänische Führung. Auch Tito, der das ungarische Mehrparteiensystem für unannehmbar hielt, wurde einbezogen und auf der Konferenz von Brioni am 2./3. November über den geplanten Einmarsch in Kenntnis gesetzt. Er versprach sogar behilflich zu sein und plädierte für Kádár als neuen ungarischen Regierungschef.³⁶ Die ungarische Regierung ihrerseits beschloss umgehend, den Warschauer Vertrag zu kündigen und die Neutralität des Landes zu erklären, um so einer Intervention die rechtliche Grundlage zu entziehen. Darüber hinaus bat Nagy in einer an die UNO gerichteten Erklärung um die Anerkennung der Neutralität durch die vier Großmächte auf der nächsten UN-Generalversammlung; er wollte damit die Ungarnfrage internationalisieren. Nagy verkündete die Neutralität auch in einer Radioansprache und fand damit im Land einen großen Widerhall. Die Konsolidierung des Systems trat in eine neue Phase, die Bevölkerung stellte sich hinter Nagy und glaubte an den Sieg der Revolution.

Niederschlagung des Freiheitskampfes

Die Budapester Bevölkerung versuchte zur Normalität zurückzukehren, die ungarische Regierung wurde erneut umgebildet und auf eine breitere Parteienbasis gestellt. Pál Maléter, mittlerweile zum General befördert, wurde Verteidigungsminister, wodurch einer der wichtigsten militärischen Teilnehmer am Aufstand eine Führungsposition erhielt. János Kádár gab am 1. November die Gründung einer erneuerten kommunistischen, aber antistalinistischen Partei bekannt und unterstützte sowohl die Neutralitätserklärung als auch den Austritt aus dem Warschauer Pakt. Während es den Anschein hatte, als würde die Revolution ihre Ziele erreichen, war in Moskau bereits die Entscheidung zugunsten einer gewaltsamen Intervention gefallen. Zudem wurden Kádár und Ferenc Münnich als mögliche Nachfolger Nagys ausgewählt. Am Abend begaben sich beide heimlich in die sowjetische Botschaft und wurden am nächsten Tag nach Moskau gebracht – wovon Nagy nicht informiert wurde. Kádár verteidigte in Moskau zunächst noch die Regierung Nagy und betonte, bei den Vorgängen handle es sich nicht um eine Konterrevolution, wie es die sowjetische Führung interpretierte. In den anschließenden Diskussionen des sowjetischen ZK-Präsidiums am 3. November machte Kádár eine Kehrtwendung, und es wurde beschlossen, dass er nach der Intervention die neue Regierung leiten sollte. Das bedeutete das Ende der Regierung Nagy, was man dieser aber vorerst noch verborgen hielt. Um die weitere Entwicklung ungestört vorausplanen und weitere Truppen Richtung Ungarn bewegen zu können, führten sowjetische Vertreter am Morgen des 3. November Scheinverhandlungen über die technischen Bedingungen des Truppenabzugs. Als in Moskau die Entscheidung zugunsten Kádárs gefallen war, und er sich für die Niederschlagung der Revolution entschieden hatte,³⁷ wurde die ungari-

sche Delegation, angeführt von Pál Maléter und dem Minister Ferenc Erdei, noch in der Nacht am Verhandlungsort in Tököl verhaftet; die Verbindungen zur Regierung wurden getrennt.

Im Morgengrauen des 4. November begann der sowjetische Angriff auf Budapest und andere ungarische Städte. Kurz danach, um „5.05 Uhr, wie vom Moskauer Szenarium vorgesehen, wurde über Radio Szolnok die Bildung der ungarischen revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung mit Kádár an der Spitze verkündet sowie die von der neuen Regierung an die sowjetische Führung gerichtete Bitte um militärische Hilfe.“³⁸ Eine Viertelstunde später verlas Nagy seine Erklärung im Radio, die in verschiedenen Sprachen wiederholt wurde: „Hier spricht Imre Nagy, Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik. In den frühen Morgenstunden haben sowjetische Truppen einen Angriff auf unsere Hauptstadt gestartet, in der eindeutigen Absicht, die gesetzmäßige, demokratische ungarische Regierung zu stürzen. Unsere Truppen kämpfen. Die Regierung ist auf ihrem Platz. Ich informiere die Bevölkerung des Landes und die öffentliche Meinung der Welt darüber.“³⁹ In seiner Ansprache konnte und wollte Nagy nicht zum aktiven Widerstand gegen die eindringenden Truppen aufrufen, weil die ungarische Armee schlecht ausgerüstet war, sich ohnehin in Auflösung befand und ihr ein massives Aufgebot gegenüberstand. Insgesamt waren an der sowjetischen Operation 11 Divisionen der Landstreitkräfte, einige Fliegerverbände und auch Luftlandetruppen beteiligt.⁴⁰ Die angreifenden Sowjets versuchten den Widerstand der ungarischen Armee vollständig zu verhindern und schickten ein gefälschtes Telegramm an das „Revolutionäre Armee-Komitee“, in dem angeblich Maléter den Befehl erteilte, nicht auf die sowjetischen Truppen zu schießen. Trotzdem kam es zu vereinzelt Kämpfen zwischen ungarischen und sowjetischen Soldaten. Letztere entwaffneten die ver-

bliebenen ungarischen Soldaten in den Kasernen oder brachen gewaltsam deren Widerstand – von 32 ungarischen Garnisonen leisteten sechs Widerstand. In den größeren Städten und in der Provinz kam es auch zu größeren Gefechten. Führende Persönlichkeiten der Revolution wurden verhaftet und später in die Sowjetunion verschleppt.

Die in Budapest einmarschierenden Truppen und Panzer trafen auf den bewaffneten Widerstand der Bevölkerung. Es bildeten sich dort, wo die Truppen in die Hauptstadt eindrangen, Zentren des Widerstands; diese Gruppen nutzen ihre Ortskenntnis und Beweglichkeit zu ihrem Vorteil. Sie zerstörten zahlreiche Panzer mit Molotowcocktails und Handgranaten, weil das schwere Gerät in den engen Budapester Straßen nur schwer manövrierbar war. Trotz des teilweise erbitterten Widerstands der Budapester Aufständischen konnte der militärische Vorstoß nicht gestoppt werden. Anders als in der ersten Phase der Kämpfe gab es diesmal keine Verständigung zwischen Ungarn und sowjetischen Soldaten, da letztere diesmal mehrheitlich aus den asiatischen Sowjetrepubliken stammten, gerade erst nach Ungarn versetzt worden waren und ihnen unter anderem gesagt wurde, „dass sie sich nicht an der Donau, sondern am Suezkanal befänden und gegen westliche Imperialisten kämpften.“⁴¹ Der organisierte Kampf dauerte nur wenige Tage, am längsten auf der Donau-Insel Csepel, weil sich hier eine Luftabweereinheit den Aufständischen angeschlossen hatte. Am 11. November war der Widerstand der ungarischen Seite gebrochen. In den darauf folgenden Tagen und Wochen wurde zwar im ganzen Land noch einzeln gekämpft, aber der organisierte Kampf war mit militärischer Übermacht niedergeschlagen worden. Die Bevölkerung setzte neben dem aktiven bereits ab dem 5. November auch auf den passiven Widerstand und das Land wurde von einer anhaltenden Streikwelle erfasst. Die Menschen glaubten nicht daran, dass die Ziele der Revolu-

tion ohne weiteres niedergeschlagen werden könnten und hofften auf Hilfe aus dem Westen.

Während auf den Straßen der Freiheitskampf der Budapester Bevölkerung weiterging, zerfiel die ungarische Regierung bereits am 4. November, also wenige Stunden nach dem Beginn der Intervention. Kardinal Mindszenty, ein Symbol für den friedlichen Widerstand gegen das totalitäre kommunistische System, floh in die amerikanische Botschaft, wo er bis 1971 bleiben musste. Tito, der sich mit Chruschtschow über das Vorgehen in Ungarn abgestimmt hatte, ließ über seinen Budapester Botschafter Soldatić der Regierung Nagy, einigen führenden Politikern sowie deren Familienangehörigen – insgesamt 43 Personen – Asyl in der jugoslawischen Botschaft anbieten. „Das Ziel der Jugoslawen war offensichtlich: Indem sie Imre Nagy und seine Mitstreiter aus dem politischen Leben ausschalteten, unterstützten sie sowohl effektiv die sowjetische Invasion und eröffneten zugleich die Möglichkeit für weitere Verhandlungen mit dem Ziel, Imre Nagy zum Rücktritt zugunsten von Kádár zu bewegen.“⁴² Nagy war jedoch nicht zu Kompromissen bereit und wollte auch nicht zurücktreten. Im Vertrauen auf Tito beabsichtigte er vielmehr, nach Jugoslawien zu gehen, um von dort aus seine politische Tätigkeit für ein freies und unabhängiges Ungarn fortzuführen.

Kádár, der erst am 7. November nach Budapest zurückgekehrt war, versuchte in der Zwischenzeit die Bevölkerung auf seine Seite zu bringen, obwohl die Kämpfe weitergingen. Er hatte zwar keinen Einfluss auf die allgemeine Entwicklung, weil die Sowjetunion die Restauration des alten System allein vorantrieb und den kommunistischen Machtapparat mit willfährigen Kadern aus dem Hintergrund alleine aufbaute – hierfür waren unter anderem Malenkov und Suslow nach Budapest angereist. Er restituierte aber beispielsweise das Kossuthwappen als staatliches Emblem, verkündete eine allgemeine Lohnerhöhung und

strich die Kinderlosensteuer. Damit versuchte er ein Dilemma zu umgehen: Er sollte das alte politische System wiederherstellen und gleichzeitig mit dem Rákosi-System brechen, ohne auf dessen repressive Methoden zurückzugreifen, obwohl der Widerstand der Bevölkerung gerade dies zu erfordern schien. Darüber hinaus hatte Kádár noch nicht öffentlich mit Nagy gebrochen, der in der Bevölkerung hohes Ansehen und Glaubwürdigkeit genoss. Er wollte mit ihm Verhandlungen aufnehmen sowie ihn in das neue System einbinden,⁴³ dafür aber sollte Nagy abdanken und die Kádárregierung anerkennen.

Nagy und die in die jugoslawische Botschaft geflüchtete Gruppe waren mehr Gefangene denn politische Flüchtlinge, die von der Außenwelt und den aktuellen Entwicklungen abgeschnitten waren. Sowjetische Panzer und Soldaten regelten die Botschaft ab, so dass eine Flucht oder eine Koordination mit den Revolutionären unmöglich waren. Trotz dieser aussichtslosen Situation weigerte sich Nagy, die Kádárregierung anzuerkennen, weil er damit zum Ausdruck gebracht hätte, dass die Revolution illegitim gewesen sei. Er und seine Mitstreiter beharrten vielmehr auf ihren alten Forderungen nach einem Abzug der sowjetischen Truppen, Demokratisierung, Neutralität und Unabhängigkeit. Nach gut zwei Wochen wurde der Aufenthalt in dem Botschaftsgebäude politisch und auch physisch unmöglich, und die Gruppe um Nagy wollte nach Hause zurückkehren, zumal der bewaffnete Widerstand von der sowjetischen Übermacht zum Großteil schon gebrochen worden war. Die Kádárregierung gab den jugoslawischen Diplomaten die schriftliche Zusage, dass die Gruppe ungehindert in ihre Wohnungen zurückkehren könne.⁴⁴ Am 22. November verließ die Nagy-Gruppe das Botschaftsgebäude, wurde aber, entgegen der offiziellen Zusage, von sowjetischen Soldaten auf ein KGB-Gelände im Osten Budapests verschleppt und am nächsten Tag nach Rumänien ausgeflo-

gen, wo sie von der rumänischen Staatssicherheit gefangen gehalten wurde.

Restauration und Vergeltung

Während das Kádárregime sich mit sowjetischer Hilfe allmählich stabilisierte und die Straßenkämpfe größtenteils beendet waren, normalisierte sich das Leben in Budapest immer noch nicht. Der bewaffnete Widerstand wich dem passiven, und die Arbeiterräte etablierten sich eine Zeitlang als bedeutende Macht. Am 12. November wurde der Zentrale Arbeiterrat von Budapest gegründet, der die weitere Entwicklung durch das ungarische Volk und durch die Budapester Arbeiter bestimmt sehen wollte. Er bildete fast eine Art Gegenregierung, die die Kádárregierung durch eine Verordnung einen Tag später beenden wollte. Angesichts des anhaltenden landesweiten Streiks sah sich Kádár jedoch gezwungen, mit den Arbeiterräten zu verhandeln. Obwohl Kádár den Forderungen nicht nachgab, rief der Zentrale Arbeiterrat am 16. November zum Abbruch des Streiks auf, weil die Wirtschaftslage immer desolater und die Schwierigkeiten für die Bevölkerung infolge des Streiks immer größer wurden. Zwar versuchte der Zentrale Arbeiterrat in den darauf folgenden Tagen, sich landesweit zu organisieren und so seine Interessen durchzusetzen; dies wurde aber verhindert, denn „[d]ie ‚Arbeiterregierung‘ fürchtete sich vor der Arbeitersolidarität“.⁴⁵ Der passive Widerstand fand am 23. November, dem ersten Montag des Revolutionsbeginns, einen erneuten Höhepunkt, als nach einem Aufruf des „Zentralen Arbeiterrates“ und dem „Revolutionsrats der Ungarischen Intelligenz“ eine Schweigestunde gehalten wurde. Am 11. und 12. Dezember folgte der nächste landesweite Streik, welcher der Kádárregierung den anhaltenden Widerstand der Bevölkerung

verdeutlichte. Dies hatte zur Folge, dass Kádár die Macht der Arbeiterräte deutlich einschränken wollte, was ihm am 5. Januar 1957 auch gelang. Durch die Verhängung der Todesstrafe für die Anstiftung zum Streik sowie für Arbeitsniederlegungen wurde dieses Mittel des passiven Widerstandes auf längere Sicht ausgeschaltet, obwohl es schon drei Tage später erneut zu einem nicht organisierten Streik kam, der nur mit sowjetischen Panzern aufgelöst werden konnte. Am 15. Januar folgte ein weiterer Erlass, der praktisch jede Form der Kritik unter Todesstrafe stellte, was das Ende der großen Streiks einläutete. Vereinzelt kam es noch im gesamten Jahr 1957 zu lokalen Streiks und Sabotageakten, im wesentlichen wurde das vorrevolutionäre Machtgefüge jedoch wiederhergestellt.

Mit maßgeblicher sowjetischer Unterstützung erstarkte die Kádárregierung im Laufe des November und Dezember 1956. Neu gebildete Sicherheitskräfte aus systemtreuen Personen gingen gegen die widerstrebende Budapester Bevölkerung vor. Bis zu 500 Menschen wurden wegen Beteiligung am Aufstand zum Tode verurteilt. Über 10.000 Personen wurden verhaftet, die Mehrheit von ihnen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Etwa eintausend Aufständische, darunter auch Kinder, wurden in die Sowjetunion deportiert, und zahlreiche Personen sahen sich staatlichen Repressalien ausgesetzt. Die meisten Gerichtsverhandlungen wurden unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt, und oftmals standen die Urteile schon vor Prozessbeginn fest. Die üblichen Anklagen waren die der Konterrevolution oder Verschwörung, des Klassenverrats, oder des bewaffneten Raubs für die waffentragenden Freiheitskämpfer; sie führten zu einem Todesurteil oder zumindest zu einer langjährigen Gefängnisstrafe. Damit versuchte die Regierung die Bevölkerung einzuschüchtern sowie am weiteren Widerstand zu hindern. Es wurden die von Nagy abgeschafften Internierungslager wieder einge-

führt. Zusammen mit diesen Maßnahmen, die direkt gegen Revolutionäre gerichtet waren, fand eine neuerliche „Säuberung“ der Gesellschaft und der staatlichen Strukturen statt. Sie umfasste Gerichte, Polizei, Militär, alle Verwaltungseinheiten und -ebenen und vor allem die Arbeitsplätze, da sich von hier aus die Arbeiterräte oder die Intellektuellen organisiert hatten.

Die Vergeltung gegen die Beteiligten der Revolution fand ihren Höhepunkt im Prozess gegen Imre Nagy und seine Regierungsmitglieder. Bereits im Februar 1957 hatte das ZK eine Resolution veröffentlicht, die sowohl vom wachsenden Selbstbewusstsein der Kádárregierung zeugte als auch von ihrem Willen, alle Ideen der Revolution und ihre Vertreter zu beseitigen. „Die Parteimitglieder sehen immer deutlicher die verräterische Rolle von Imre Nagy, Losonczy und ihren Komplizen und glauben, dass die Voraussetzung für unseren zukünftigen Erfolg und die zukünftige Entwicklung die endgültige Ausrottung der anti-marxistischen Ideen ist, die diese Gruppe vertritt“.⁴⁶ Im April 1957 wurde die Gruppe um Nagy von der ungarischen Staatssicherheit aus Rumänien nach Budapest gebracht und unter völliger Geheimhaltung sowie in enger Abstimmung mit sowjetischen Stellen erst im Juni 1958 vor Gericht gestellt. Diese Verzögerung des Prozesses erfolgte auf sowjetischen Wunsch hin, denn der Prozess sollte erst nach einer UNO-Sondersitzung im September 1957 und nach dem Treffen der Kommunistischen Parteien in Moskau im November 1957 stattfinden.⁴⁷ Zu Prozessbeginn war Losonczy bereits in der Haft gestorben, möglicherweise wurde er ermordet. Im vorkonzipierten Prozess bekannte sich Nagy nicht schuldig. Er, der Verteidigungsminister Maléter und der Journalist Miklós Gimes wurden zum Tode verurteilt und am 16. Juni 1958 hingerichtet. Die anderen Angeklagten des Prozesses wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt. Die Phase der Repression und Vergeltung dauerte bis 1963

an. Das letzte Todesurteil wurde im August 1961 vollstreckt, also zu einer Zeit, als Kádárs Kurs versöhnlicher zu sein schien. Doch eine Amnestie erfolgte erst 1963, wobei viele Betroffene noch bis 1989 unter Diskriminierungen zu leiden hatten.

Bewertung der Ereignisse

Für die Ereignisse im Ungarn des Jahres 1956 haben sich verschiedene Terminologien eingebürgert, wobei jene der „Konterrevolution“, ideologisch verwendet von der kommunistischen Propaganda, unsinnig und nicht diskutierbar ist. In der heutigen ungarischen Literatur werden, in Anlehnung an die Revolution von 1848/1849, die Begriffe „Revolution“ (*forradalom*) und „Freiheitskampf“ (*szabadságharc*) verwendet. Auch die englisch- und französischsprachige Literatur benützt den Begriff „Revolution“. Im Deutschen hingegen hat sich der Begriff „Aufstand“ durchgesetzt. Letztendlich sind alle drei Begriffe richtig, wobei sie inhaltlich jedoch unterschiedliche, einander teilweise überlappende Phasen der Ereignisse beschreiben.⁴⁸ Am 23. Oktober begann, ähnlich wie in Berlin am 17. Juni 1953, ein Aufstand, der sich gegen das repressive System und seine Vertreter richtete. Der Unterschied lag jedoch darin, dass sich in Ungarn über Tage hinweg eine landesweit aktive Massenbewegung entwickelte, in der DDR jedoch nicht. Darüber hinaus wurde dieser Aufstand in immer größerem Maße auch bewaffnet geführt und erhielt mit der Formulierung eigener politischer und gesellschaftlicher Zielvorstellungen eine neue Dimension. Aus der allgemeinen Unzufriedenheit über die Gesamtlage entwickelten sich bei den Arbeitern, den Intellektuellen, der Bevölkerung und letztlich auch bei den politischen Führern Ideen und politische Programme, die *de facto* auf die radikale Änderung der

kommunistischen und nicht nur der stalinistischen Gesellschaftsordnung abzielten. Diese neue Dimension ist am besten mit dem Begriff der „Revolution“ zu charakterisieren, denn die „eigentliche Revolution ist [...] eine gewaltsame, von den Massen gestützte Machtergreifung, die zu einem grundlegenden Umbau des Gemeinwesens führt. [...] Die definierende Eigenschaft, die von vornherein eine Revolution von anderen durch Massen und Gewalt gestützten Ereignissen unterscheidet, ist eine Überzeugungsgrundlage: Eine Revolution wird von einer Überzeugung mobilisiert und bekennt sich zu einem System von Gegenüberzeugungen (gegenüber dem von ihr gestürzten Regime).“⁴⁹ Diese zweite Phase der Entwicklung endete mit der sowjetischen Intervention am 4. November 1956. Bis dahin hatte die Revolution mit der Einführung des Mehrparteiensystems, der Neutralitätserklärung und dem Austritt aus dem Warschauer Pakt innerhalb weniger Tage wichtige Ziele erreicht und vorläufig konsolidiert.

Mit Beginn der sowjetischen Invasion war jedoch die revolutionäre Phase zumindest in Grundzügen abgeschlossen; es folgte ein Freiheitskampf gegen die gewaltsame und auch unrechtmäßige sowjetische Intervention. Artikel 8 des Warschauer Vertrags hielt ausdrücklich fest, dass die Zusammenarbeit „in Befolgung der Grundsätze der gegenseitigen Achtung ihrer [der teilnehmenden Staaten, Anm. d. Verf.] Unabhängigkeit und Souveränität und der Nicht-einmischung in ihre inneren Angelegenheiten“⁵⁰ gefestigt werden sollte. Dem Wortlaut des Vertrags zufolge war das sowjetische Eingreifen somit ein Verstoß gegen das Vertragswerk und der anschließende Kampf der Ungarn ein Freiheitskampf gegen eine fremde Macht. Damit wird deutlich, dass alle drei verwendeten Begriffe auf die Ereignisse in Ungarn im Herbst 1956 zutreffen, auch wenn derjenige der Revolution am besten geeignet ist, die tatsächlichen Gegebenheiten umfassend zu charakterisieren.

Insgesamt haben die revolutionären Ereignisse der Tage vom 23. Oktober bis zum 31. Dezember die ungarische Gesellschaft grundlegend verändert. Die Anzahl der Opfer, die die Kämpfe gefordert haben, lässt sich nicht mit Gewissheit feststellen, es können nur ungefähre Größenordnungen angegeben werden. Die Zahl der ungarischen Todesopfer wird mit etwa 2.652, die der Verwundeten mit 19.226 angegeben⁵¹, die Zahl der sowjetischen Todesopfer lag bei 669 bis 720, die der Verwundeten/Vermissten bei 1.501 bis 2.260.⁵² Darüber hinaus verlor das Land etwa 200.000 Menschen, die bis Dezember 1956 zumeist ins westliche Ausland flohen. Diese personellen Verluste und die Erfahrung der gewaltsamen Intervention durch die Sowjetunion bestimmten maßgeblich die ungarische Gesellschaft und Politik nach 1956. Zum einen hatte sich Ungarn, wie auch Polen, durch den frühen Ausbruchversuch aus der sowjetischen Abhängigkeit einen größeren innenpolitischen Spielraum erkämpft. Dieser war auch größer als in der Tschechoslowakei, die sich 1968 entschied, den einmarschierenden Truppen des Warschauer Paktes keinen Widerstand zu leisten. Damit sicherte sie sich in sowjetischen Augen weniger Respekt als Ungarn, das mit seinem teilweise erbitterten Widerstand in Moskau einen gewissen Eindruck hinterlassen hatte. Das unter Kádár etablierte Regime restituierte zwar die politischen Institutionen des Stalinismus und verzichtete auf jede außenpolitische Abweichung, erneuerte aber das System dahin gehend, dass viele der repressiven Merkmale stalinistischer Politik verschwanden. Kádár verzichtete auch auf den in allen ost- und südosteuropäischen Staaten in unterschiedlicher Intensität betriebenen Personenkult sowie auf eine aggressive Propaganda, und der Versuch einer Ideologisierung der Bevölkerung fand in nur geringem Maße statt. Dies hatte einerseits eine gewisse Befreiung der Bevölkerung von Indoktrinationsversuchen, andererseits aber eine weitge-

hende Entpolitisierung des gesellschaftlichen Lebens zur Folge. So prägte eine reformerisch-antidogmatische Politik den ungarischen Sonderweg ab den sechziger Jahren, die jedoch den von der Sowjetunion vorgegebenen innen- wie außenpolitischen Rahmen niemals zu überschreiten trachtete. Substanzielle Reformen waren in diesem Zusammenhang naturgemäß unmöglich, und selbst der am 1. Januar 1968 eingeführte „Neue ökonomische Mechanismus“ – ähnlich den reformerischen Plänen in Prag um Ota Šik – wurde von Moskau nur toleriert, weil es sich um wirtschaftspolitische Neuerungen handelte und die Prager Pluralisierungstendenzen nicht programmatisch übernommen wurden. Eine Neubewertung der Revolution erfolgte erst im Januar 1989, als der Reformkommunist Imre Pozsgay verkündete, dass es sich bei den 1956er Ereignissen nicht um eine Konterrevolution, sondern um einen Volksaufstand gehandelt habe. Damit stellte sich das Regime selbst in Frage und bereitete den Weg zu seiner Selbstdemontage und zur Demokratisierung des Landes.

Die ungarische Revolution hatte auf der internationalen Ebene ebenfalls Auswirkungen, auch wenn sie sich hauptsächlich auf die Perzeption Ungarns und der sowjetischen Machtpolitik beschränkte. In den Vereinten Nationen wurden Debatten geführt und auch mehrere Resolutionen⁵³ verabschiedet, doch angesichts der weltpolitischen Lage und der militärischen Verwicklungen Großbritanniens und Frankreichs blieben die internationalen Stellungnahmen folgenlos beziehungsweise wurden von beiden Staaten gebremst, um nicht selbst Gegenstand der Diskussion und Kritik zu werden. Eine Sonderkommission untersuchte zwar die Geschehnisse in Ungarn, sie kam zu dem Schluss, dass es sich um einen Volksaufstand gehandelt habe, aber die Sowjetunion konnte jede weitere UN-Aktion verhindern. Auch die USA, besorgt wegen des britisch-französisch-israelischen Vorgehens in Ägypten, fürchtete einen

möglichen Krieg mit der Sowjetunion und schlossen jede Hilfe für Ungarn aus, obwohl sie zuvor noch an die Möglichkeit einer Zurückdrängung der sowjetischen Macht geglaubt hatten. Sie erwirkten 1963 durch wirtschaftlichen Druck lediglich die Amnestie für die meisten ungarischen Revolutionsteilnehmer. Damit beschränkte sich die Auswirkung der ungarischen Revolution in den Ost-West-Beziehungen hauptsächlich auf die Erkenntnis, dass die Sowjetunion trotz Entstalinisierung und friedlicher Koexistenz bereit war, gewaltsam ihren Einflussbereich zu wahren. Dies wurde 1968 in der Tschechoslowakei deutlich und fand ihren Niederschlag in der Breschnew-Doktrin, der zufolge die begrenzte Souveränität der einzelnen sozialistischen Staaten zugunsten einer kollektiven, von der Sowjetunion dominierten Souveränität postuliert wurde.

Die blockinterne Bedeutung der ungarischen Revolution war, obwohl sie international nicht immer als solche wahrgenommen wurde, durchaus vorhanden. In Polen gab es bereits am 27. Oktober 1956 Solidaritätskundgebungen und nicht nur die Bevölkerung sympathisierte mit der ungarischen Revolution. Teile des polnischen Parteiapparats forderten später einen Protest gegen den sowjetischen Einmarsch und diese polnische Solidarität konnte erst durch repressive Maßnahmen unterdrückt werden. Auch in Rumänien, hauptsächlich in Siebenbürgen und dem Banat, kam es zu Kundgebungen, die jedoch schnell vom Sicherheitsapparat unterdrückt wurden. In der DDR und der Tschechoslowakei hingegen gab es zu dieser Zeit keine nennenswerten Bewegungen für die ungarische Revolution. In der DDR konnte jegliche Solidaritätsbekundung vom Sicherheitsapparat unterbunden werden, auch wenn unter jungen Arbeitern und Studenten die ungarischen Ziele ein positives Echo fanden.

Das ungarisch-tschechoslowakische Verhältnis hingegen war wegen der Konflikte der Zwischenkriegszeit ohnehin belastet und den tschechoslowakischen Kommunis-

ten war es darüber hinaus gelungen, sich mit dem Schauprozess gegen Rudolf Slánský im November 1952 zu stabilisieren und später den Entstalinisierungsprozess zu verzögern. Erst Mitte der sechziger Jahre wurden in der Tschechoslowakei Reformen und die Suche nach einem „Dritten Weg“ eingeleitet, als Alexander Dubček das Amt des Generalsekretärs der kommunistischen Partei übernahm. Die als *Prager Frühling* bekannt gewordenen acht Reformmonate waren keine Revolution wie in Ungarn, sondern das Ergebnis eines friedlichen Reformversuchs und eines evolutionären Prozesses, der dem Parteiapparat entsprang und eine Selbsttransformation anstrebte. Die Initialzündung für die gesamtgesellschaftliche Bewegung kam also mit dem Wechsel des Generalsekretärs aus der Parteispitze und nicht wie in Ungarn von der Straße. Da die Tschechoslowakei sich mit der Rückkehr zu allgemeinen Rechtsnormen aus dem sowjetischen Machtgefüge herauszulösen begann, beendeten Truppen des Warschauer Pakts – mit Ausnahme Rumäniens – im August 1968 den *Prager Frühling*. Diese Intervention geschah, obwohl die Tschechoslowakei ihre Blockloyalität bekundet hatte und nicht wie Ungarn eine Neutralität und den Austritt aus dem Warschauer Pakt anstrebte. Es gab auch kaum aktiven Widerstand, sondern die Bevölkerung setzte von Anfang an auf zivilen gewaltfreien Widerstand, verlor aber in der Folgezeit dauerhaft das Vertrauen in systeminterne Reformversuche.

Insgesamt betrachtet, stand die ungarische Revolution damals an der Spitze und am Anfang einer Bewegung gegen das sowjetische Hegemonial- und Gesellschaftssystem. Während in der DDR im Jahr 1953 keine breite gesellschaftliche Protest- und Widerstandsbasis gefunden werden konnte und in Polen 1956 mit sowjetischer Zustimmung kleinere systemische Reformen durchgesetzt werden konnten, forderten die Ungarn radikale, also im Wortsinn revo-

lutionäre Veränderungen. Damit fand ein Prozess seinen Anfang, der in den darauffolgenden Jahrzehnten um weitere herausragende Ereignisse ergänzt wurde. Der *Prager Frühling* von 1968, der auf eine Änderung des Gesellschaftssystems abzielte, oder die polnische Solidarność, die als soziale und politische Massenbewegung in den Jahren 1980/1981 ihren Widerstand gegen das herrschende System zum Ausdruck brachte, setzten diesen Erosionsprozess fort. Dieser kulminierte in den Jahren 1989 und 1990, abgesichert durch die neue sowjetische Politik der Perestrojka und des Glasnost, in einer echten Transformation der politischen und gesellschaftlichen Systeme und legitimierte nachträglich die Forderungen und Ziele nicht nur der ungarischen Revolution von 1956, sondern aller Erhebungen gegen das kommunistische System.

Anmerkungen

- 1 Jochum, Michael: Eisenhower und Chruschtschow. Gipfeldiplomatie im Kalten Krieg 1955–1960. Paderborn u. a. 1996, S. 93.
- 2 Orlow, Alexander S.: Die Suezkrise: Ihre Rolle in der sowjetisch-amerikanischen Konfrontation. In: Heinemann, Winfried/Wiggershaus, Norbert (Hrsg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez. München 1999, S. 219–233.
- 3 Präsident Eisenhower und vor allem Außenminister Dulles waren dieser Ansicht. Siehe hierzu Jochum, Michael: Eisenhower (wie Anm. 1), S. 76–80.
- 4 Siehe Dudek, Antoni: Der politische Umbruch von 1956 in Polen. In: Heinemann, Winfried/Wiggershaus, Norbert (Hrsg.): Krisenjahr (wie Anm. 2), S. 27–42.
- 5 Die nationalkommunistische Fraktion der polnischen KP-Führung forderte nicht nur politische Reformen, sondern auch das Ende der Sowjetisierung der Polnischen Volksarmee, die zu einem großen Teil mit sowjetischen Generälen besetzt war. Polnischer Verteidigungsminister etwa war der sowjetische Marschall Rokossowski. Siehe Orlow, Alexander S.: Der Polnische Oktober. Sieg der Vernunft über die Gewalt. In: Heinemann, Winfried/Wiggershaus, Norbert (Hrsg.): Krisenjahr (wie Anm. 2), S. 43–57.

- 6 Litván, György/Bak, János M. (Hrsg.): Die Ungarische Revolution 1956. Reform, Aufstand, Vergeltung. Wien 1994, S. 62.
- 7 Ebd., S. 35.
- 8 Gosztony, Peter: Der Volksaufstand in Ungarn 1956. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 37–38/96 (6. September 1996), S. 4.
- 9 Alföldy, Géza: Ungarn 1956. Aufstand, Revolution, Freiheitskampf. Heidelberg 1997, S. 19.
- 10 Zu dieser Zeit war der Innenminister Lavrentij P. Berija, der als ein Befürworter liberalerer Blockbeziehungen galt, noch einer der maßgeblichen Entscheidungsträger und schärfster Kritiker Rákosis. Einige Monate später, am 23. Dezember 1953, wurde er jedoch des Hochverrats angeklagt und hingerichtet. Zu dem Treffen in Moskau siehe: Notes of a Meeting between the CPSU CC Presidium and a HWP Political Committee Delegation in Moscow, June 13 and 16, 1953. In: Békés, Csaba / Byrne, Malcom / Rainer, János M. (Hrsg.): The 1956 Hungarian Revolution: A History in Documents. Budapest, New York 2002, S. 14–23. Weitere wichtige Quellen zu dieser Thematik finden sich auch in: Vjacseszlav, Szereda/Rainer, János M. (Hrsg.): Döntés a Kremlben, 1956. A szovjet pártelnökség vitái Magyarországról. Budapest 1996; Gál, Éva u. a. (Hrsg.): A „Jelcin-Dosszié“. Szovjet dokumentumok 1956-ról. Budapest 1993.
- 11 András B. Hegedüs, Politbüromitglied und Ministerpräsident nach der Absetzung Nagys am 18. April 1955, nahm an diesem Moskauer Treffen teil. In einem Interview sagte er, dass „wir damals den Posten des Ministerpräsidenten für wichtiger hielten als den des Ersten Sekretärs, denn als Nummer Eins in der Sowjetführung betrachteten wir den Ministerpräsidenten Malenkow. [...] Diese Praxis, dass der Ministerpräsident und nicht der Generalsekretär der Partei der erste Mann im Staat war, änderte später Chruschtschow, und Rákosi folgte seinem Beispiel sofort.“ Hegedüs, András B.: Im Schatten einer Idee. Eine Befragung von Zoltán Zsille zur Vergangenheitsbewältigung eines Stalinisten; hrsg. u. übers. von Hans-Hennig Paetzke. Zürich 1986, S. 162 (ungar. Ausg. 1985).
- 12 Litván, György/Bak, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 6), S. 40.
- 13 Gosztony, Peter: Volksaufstand (wie Anm. 8), S. 4.
- 14 Alföldy, Geza: Ungarn (wie Anm. 9), S. 20. Bei der Zeitung handelte es sich um die *Irodalmi Ujság* (Literaturzeitung).

15 Siehe Pronko, Walentin A.: Ungarn – UdSSR: Herbst 1956. In: Heinemann, Winfried/Wiggershaus, Norbert (Hrsg.): Krisenjahr (wie Anm. 2), S. 77.

16 Litván, György/Bak, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 6), S. 57. Mikojans Bericht über die Gespräche mit der ungarischen Führung, siehe: Report from Anastas Mikoyan on the Situation in the Hungarian Workers' Party, July 14, 1956. In: Békés, Csaba/Byrne, Malcom/Rainer, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 10), S. 143–147.

17 Hegedüs, András: Schatten (wie Anm. 11), S. 207.

18 Siehe: The „Sixteen Points“ prepared by Hungarian Students, October 22–23, 1956. In: Békés, Csaba/Byrne, Malcom/Rainer, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 10), S. 188–190.

19 Die am Vormittag angekündigte Demonstration wurde um 12.53 Uhr vom Innenministerium verboten, das Verbot um 14.23 Uhr jedoch wieder aufgehoben, da offensichtlich geworden war, dass es eher mobilisierend wirkte und die Kundgebung nur durch Gewalt verhindert werden könnte. Diesen Konflikt wollte das Politbüro aber verhindern. Siehe: Litván, György/Bak, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 6), S. 67–68; Hegedüs, András: Schatten (wie Anm. 11), S. 217. Zur Chronologie des Aufstandes siehe Hegedüs, András B. u. a. (Hrsg.): 1956 Kézikönyve. Bd. 1. Kronológia. Budapest 1996.

20 Alföldy, Geza: Ungarn (wie Anm. 9), S. 10.

21 Siehe Gosztony, Peter: Volksaufstand (wie Anm. 8), S. 7–8.

22 Report from Yurii Andropov Transmitting a Back-Dated Request for Soviet Intervention from András Hegedüs to the CPSU CC Presidium, October 28, 1956. In: Békés, György/Byrne, Malcom/Rainer, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 10), S. 272. Dieses Hilfsersuchen sollte die sowjetische Intervention vor der Weltöffentlichkeit legitimieren.

23 Kyrow, Alexandr/Zselicky, Béla: Ungarnkrise 1956. Lagebeurteilung und Vorgehen der sowjetischen Führung und Armee. In: Heinemann, Winfried/Wiggershaus, Norbert (Hrsg.): Krisenjahr (wie Anm. 2), S. 103.

24 Working Notes from the Session of the CPSU CC Presidium, October 23, 1956. In: Békés, Csaba/Byrne, Malcom/Rainer, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 10), S. 217–218.

25 Alföldy, Geza: Ungarn (wie Anm. 9), S. 26.

26 Litván, György/Bak, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 6), S. 78.

27 Report from Anastas Mikoyan and Mikhail Suslov to the CPSU CC Presidium on Talks with HWP Leaders, October 26, 1956. In: Békés, Csaba/Byrne, Malcom/Rainer, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 10), S. 237–238.

28 Litván, György/Bak, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 6), S. 86.

29 HWP CC Political Committee Meeting, October 28, 1956. In: Békés, Csaba/Byrne, Malcom/Rainer, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 10), S. 253–261.

30 In: Békés, Csaba/Byrne, Malcom/Rainer, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 10), S. 300–303. Die Erklärung erschien auf Deutsch in: „Neues Deutschland“ vom 31. Oktober 1956.

31 Kyrow, Alexandr/Zselicky, Béla: Ungarnkrise (wie Anm. 23), S. 113.

32 Working Notes from the Session of the CPSU CC Presidium on October 30, 1956 (Re. Point 1 of Protocol No. 49). In: Békés, Csaba/Byrne, Malcom/Rainer, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 10), S. 296–297 (Übersetzung des Verfassers).

33 Litván, György/Bak, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 6), S. 92–93.

34 Working Notes and Attached Extract from the Minutes of the CPSU CC Presidium Meeting, October 31, 1956. In: Békés, Csaba/Byrne, Malcom/Rainer, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 10), S. 307 (Übersetzung des Verfassers).

35 Litván, György/Bak, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 6), S. 100.

36 Siehe hierzu das Tagebuch des jugoslawischen Botschafters in Moskau. Mićunović, Veljko: Tito követe voltam. Moszkva 1956–1958. Budapest 1990, S. 128–137.

37 Mehrere Dokumente über diese Moskauer Gespräche am 2. und 3. November zeigen, wie Kádár allmählich die Seite wechselte. Sie hierzu Békés, Csaba/Byrne, Malcom/Rainer, János M. (Hrsg.): Revolution (wie Anm. 10).

38 Kyrow, Alexandr/Zselicky, Béla: Ungarnkrise (wie Anm. 23), S. 120.

39 Radio Statement by Imre Nagy Announcing an Attack by Soviet Forces on the Hungarian Government, November 4, 1956. In:

Békés, Csaba/Byrne, Malcom/Rainer, János M. (Hrsg.): *Revolution* (wie Anm. 10), S. 383 (Übersetzung des Verfassers).

40 Siehe Pronko, Walentin A.: *Ungarn* (wie Anm. 15), S. 89.

41 Alföldy, Geza: *Ungarn* (wie Anm. 9), S. 35.

42 Hegedűs, András B./Wilke, Manfred (Hrsg.): *Satelliten nach Stalins Tod: Der „Neue Kurs“*. 17. Juni 1953 in der DDR, ungarische Revolution 1956. Berlin 2000, S. 265.

43 Siehe hierzu: Minutes of the HSWP Provisional Central Committee Meeting, November 11, 1956 (Excerpts). In: Békés, Csaba/Byrne, Malcom/Rainer, János M. (Hrsg.): *Revolution* (wie Anm. 10), S. 408–416, insbesondere die Beschlüsse auf S. 416.

44 Siehe Mićunović, Veljko: *Tito* (wie Anm. 36), S. 162.

45 Litván, György/Bak, János M. (Hrsg.): *Revolution* (wie Anm. 6), S. 132.

46 HSWP Provisional Central Committee Resolution concerning the Evaluation of the Nagy Group's Role, February 26, 1957 (Excerpts). In: Békés, Csaba/Byrne, Malcom/Rainer, János M. (Hrsg.): *Revolution* (wie Anm. 10), S. 516 (Übersetzung des Verfassers).

47 Tatsächlich wurde der Prozess noch weiter hinausgeschoben, weil ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen anberaumt war, das durch ihn nicht belastet werden sollte. Außerdem erbat auch die Kommunistische Partei Italiens eine Verschiebung, da in Italien Parlamentswahlen stattfanden und ein Prozess gegen die ungarischen Revolutionäre möglicherweise die Wahlchancen der italienischen Kommunisten beeinträchtigt hätte. Auch hatte die sowjetisch-jugoslawische Aussöhnung wegen der Deportation Nagys Risse erhalten, weil sich Tito öffentlich desavouiert sah.

48 Siehe hierzu Alföldy, Geza: *Ungarn* (wie Anm. 9), S. 22–24.

49 Sartori, Giovanni: *Demokratietheorie*. Darmstadt 1997, S. 83. Hervorhebung im Original.

50 Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der UdSSR und der Tschechoslowakischen Republik vom 14. Mai 1955. In: Gasteyger, Curt: *Europa von der Spaltung zur Einigung. Darstellung und Dokumentation 1945–2000*. Bonn 2001, S. 137.

51 Siehe Hegedűs, András B. u. a. (Hrsg.): 1956 Kézikönyve. Bd. 3. Megtorlás és emlékezés (wie Anm. 19), insbesondere S. 303.

52 Siehe hierzu Kyrow, Alexandr/Zselicky, Béla: *Ungarnkrise* (wie Anm. 23), S. 129; Pronko, Walentin A.: *Ungarn* (wie Anm. 15), S. 91.

53 Siehe: United Nations Resolutions. Series 1, Volume V, 1954–1956. New York 1973, insbesondere S. 250–251.